

## Kurzprotokoll der 3. Sitzung des projektbegleitenden Arbeitskreises Sachsen-Anhalt am 21. Januar 2004 in Magdeburg

Die 3. Sitzung des projektbegleitenden Arbeitskreises des Landes Sachsen-Anhalt fand am 21. Januar 2004 in den Räumlichkeiten der Hochschule Magdeburg - Stendal (FH) statt. Als Termin für das nächste Treffen wurde der 25. Februar 2004 vereinbart, an dem die Mitglieder der beiden Arbeitskreise in Berlin und Sachsen-Anhalt zum Austausch zusammentreffen werde.

Neben der Projektgruppe, nahmen 6 Vertreter von Behörden und Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz Sachsen-Anhalts an diesem Treffen teil (Ministerium des Innern, DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Malteser Hilfsdienst e.V., Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge sowie die Provinzialpfarrerin für Polizei- und Notfallseelsorge).

Wesentlicher Bestandteil des Treffens bildete die Information der Teilnehmer über aktuelle Arbeiten und Ergebnisse des Projektes sowie die Fortführung der Planungen zur optimierten Zusammenarbeit auf Landesebene.

Es wurden Auswertungsergebnisse der Experteninterviews zu Großschadenslagen am Beispiel des Flugzeugabsturzes bei Überlingen präsentiert; diese konzentrierten sich auf die Äußerungen der Interviewpartner, was sich ändern sollte, um die Zusammenarbeit im Ereignisfall zu optimieren. Insbesondere betrafen diese:

- a) die Kompetenzen, Befugnisse der Anbieter und Koordinatoren psychosozialer Notfallversorgung;
- b) die Zusammenarbeit regionaler und überregionaler Anbieter;
- c) die Zusammenarbeit psychosozialer Notfallversorgung der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr.

Weiterhin wurden Ergebnisse der Befragung der Landratsämter Sachsen-Anhalts zur Erfassung von Anbietern psychosozialer Notfallversorgung in den einzelnen Landkreisen vorgestellt. Die Datengewinnung erweist sich hier aufgrund paralleler, aber unterschiedlich gewichteter Abfragen als äußerst problematisch. Die Ergebnisse konnten mit Informationen der Sitzungsteilnehmer abgeglichen werden.

Die Nebenerhebung MAFAM (Merkmale der Arbeit in der Feuerwehr und ihre Auswirkungen auf die Mitarbeiter) wurde vorgestellt, mit der – ähnlich der Studie unter Mitarbeitern im Rettungsdienst MARAM – in freiwilligen und beruflichen Feuerwehren in Sachsen-Anhalt und Berlin Anforderungen und Belastungen, gesundheitliche Folgen und die Wahrnehmung und Inanspruchnahme präventiver und nachsorgender psychosozialer Notfallversorgung erhoben werden sollen. Hier wurden Fragestellungen, Instrumente sowie der Ablauf der Erhebung besprochen.

Ein Entwurf für Empfehlungen zur strukturellen Einbindung psychosozialer Notfallversorgung auf Bundes-, Landes- und Kreisebene präsentiert. Im Mittelpunkt dieser Vorschläge stehen

- a) die Bearbeitung von **Standardisierungen** der Kooperation bezogen auf die Behörden und organisationsübergreifende Zusammenarbeit sowie die Einbeziehung der Angebote externer Anbieter psychosozialer Notfallversorgung einerseits auf der Ebene der Bundesministerien und der Länderspitze
- b) die **Qualitätssicherung** auf der Ebene der Kompetenzen für spezifische Aufgaben und Zielgruppen durch einen Fachwissenschaftlichen Akkreditierungsausschuss für Curricula

- 
- c) die Beschreibung von **Verantwortungsstrukturen im Großschadensfall**
  - d) die Beschreibung von **Verantwortungsstrukturen im Vorfeld**
  - e) die Klärung von **Aufgaben- und Tätigkeitsbeschreibungen**

Durch die Teilnehmer der Sitzung wurde die zentrale Rolle des Ministeriums des Innern in der Koordinierung der psychosozialen Notfallversorgung als kritisch diskutiert. Weitere Varianten interministerieller Zusammenarbeit im Großschadenslagen-/ Katastrophenfall wurden durchgespielt. Die Zuständigkeit für psychosoziale Notfallversorgung in die Hände eines oder mehrerer Ministerien zu legen wurde diskutiert. Ebenfalls wurden Vergleiche zu anderen Bundesländern gezogen. Eine abschließende Modellvorstellung wurde noch nicht gefunden.

Im Anschluss erfolgte eine Einschätzung der Beauftragung zur Koordinierung der psychosozialen Notfallversorgung für freiwillige Helfer der Hilfsorganisationen. Hier wurde die Möglichkeit der Nutzung potentieller interner Versorgungsstrukturen durch die Hilfsorganisationen besprochen und vergleichend die ehrenamtliche Nachsorgestruktur des Malteser Hilfsdienstes auf Bundesebene diskutiert. Festgestellt wurde, dass die Finanzierung der Ausbildung von ehrenamtlichen Helfern im Bereich psychosozialer Notfallversorgung nach wie vor ein großes Problem darstellt.

Nachfolgend wurden Voraussetzungen für den Aufbau einer Struktur psychosozialer Notfallversorgung auf Landesebene abgeglichen. Zum einen sollte die **Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheits- und Sozialministerium und dem Innenministerium** wegen ihrer landesübergreifenden Struktur optimiert werden. Weiterhin wird eine Einbeziehung des Landesverwaltungsamtes als notwendig erachtet, da hier Aktivitäten der psychosozialen Notfallversorgung oberhalb der Kreisebene gebündelt werden können. Ein weiterer wesentlicher Ansatz ergibt sich in der Sensibilisierung der Einsatzkräfte für psychosoziale Notfallversorgung über Ansprechpartner auf Gemeindeebene. Zusätzlich wurde eine engere Zusammenarbeit mit der Polizei vorgeschlagen.

Im letzten Teil der Sitzung wurden Themen zum Austausch mit dem Projektarbeitskreis Berlin ermittelt. Von den Sitzungsteilnehmern wurde Bedarf am Austausch der Ausbildungsinhalte im Rahmen der psychosozialen Notfallversorgung sowie deren Konzepte, Methoden und Trainingsinhalte geäußert. Dennoch wurde die unterschiedliche politische Situation in Sachsen-Anhalt und Berlin als mögliche Barriere für die Übertragung bestehender Strukturen des Landes Berlin auf das Land Sachsen-Anhalt festgestellt.

Nächstes Treffen: 25. Februar 2004